

# SOMALIA: GERINGE AUSSICHTEN AUF FRIEDEN

Mit der angekündigten Wahl des Präsidenten und der anschliessenden Ernennung einer neuen Regierung endet die Übergangsperiode in Somalia. Dies bedeutet aber nicht automatisch auch das Ende des Konflikts und der humanitären Krisen. Im aktuellen Übergangsprozess wurde es wie in früheren Friedensprozessen versäumt, die Wurzeln des Konflikts anzugehen. Anhaltende innenpolitische Differenzen, die begrenzte Legitimität einer neuen Regierung sowie die Präsenz zahlreicher internationaler Akteure mit unterschiedlichsten Agenden bilden die zentralen Hindernisse auf dem Weg zu Frieden.



Delegierte der verfassungsgebenden Versammlung tagen in Mogadiscio, 25. Juli 2012. REUTERS / Ismail Taxta

Steht Somalia – oftmals als Prototyp eines gescheiterten Staates bezeichnet – vor einer entscheidenden Wende? Die Ernennung eines Parlaments und die für den 10. September 2012 angekündigte Wahl eines neuen Präsidenten bilden den Höhepunkt der jüngsten Friedensbemühungen in einem Land, das seit zwei Jahrzehnten vor allem mit Konflikten, Rechtlosigkeit und humanitären Krisen assoziiert wird. Seit dem Sturz der Militärdiktatur 1991 und dem darauf folgenden Abgleiten Somalias in den Bürgerkrieg existiert keine funktionierende Zentralregierung mehr. Eine begrenzte regionale Stabilität gibt es lediglich im separatistischen Somaliland und im autonomen Puntland (s. Karte). Die zahlreichen lokalen, regionalen und internationalen Anstrengungen zur Schaffung von Frieden und Stabilität sind bisher weitgehend gescheitert.

Im Jahr 2009 wurde im Rahmen des Djibouti-Abkommens die Einsetzung einer Übergangsregierung (*Transitional Federal Government*, TFG) vereinbart. Die Wahl eines neuen Präsidenten sollte das Ende dieser Übergangsperiode bilden. Die TFG war jedoch höchstens dem Namen nach eine funktionierende Regierung. Ihre Legitimität fusste hauptsächlich auf dem Rückhalt, den sie bei den internationalen Akteuren und besonders bei den westlichen Geberstaaten genoss. Über weite Strecken war die TFG nicht in der Lage, in Somalia oder wenigstens in der Hauptstadt Mogadiscio für Sicherheit zu sorgen. Dem stand insbesondere al-Shabaab («die Jugend») entgegen, eine der al-Kaida nahestehende militante islamistische Bewegung. Sie will in Somalia einen islamischen Einheitsstaat errichten. Erst 2011 konnten partielle Erfolge im Kampf gegen

al-Shabaab erzielt werden. Ihre Kämpfer wurden weitgehend aus Mogadiscio vertrieben. Die TFG erreichte dies allerdings nur aufgrund der militärischen Unterstützung durch Truppen der Afrikanischen Union (AU) und parallel erfolgenden militärischen Interventionen aus Äthiopien und Kenia. Al-Shabaab ist damit aber noch nicht endgültig besiegt. Noch immer kontrolliert sie weite Teile im Süden des Landes und ist für zahlreiche Anschläge in der Hauptstadt verantwortlich.

Die Aussichten auf Frieden in Somalia bleiben gering. Den neu eingerichteten politischen Institutionen mangelt es an demokratischer Legitimation, da der Übergangsprozess weder demokratisch noch umfassend genug war, was den Einbezug der relevanten Akteure betrifft. Für die anhaltende Instabilität in Somalia gibt es neben dem Konflikt zwischen der vom Westen gestützten Regierung und der bewaffneten islamistischen Opposition zudem zahlreiche weitere Gründe auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene. Eine nachhaltige Lösung setzt voraus, dass diese Herausforderungen angepackt werden.

## Zwei Jahrzehnte politische Instabilität

In den 1990er-Jahren wurde Somalia von blutigen Konflikten geprägt. Im darauffolgenden Jahrzehnt ging das Gewaltniveau etwas zurück. Die Fragmentierung der Clans sowie die Rückeroberung der Autorität durch lokale Clanführer führten zu einer regionalen Eingrenzung der Auseinandersetzungen. Zudem entzogen Geschäftsleute den Warlords zunehmend

ihre Unterstützung, da sich ihre ökonomischen Interessen mehr und mehr auf rechtmässige Wirtschaftszweige verlagerten, die eine gewisse Stabilität erforderten. Stabilisierend wirkten überdies die aufkommenden lokalen islamischen Gerichte. Diese genossen breite Unterstützung, da es ihnen gelang, ein gewisses Mass an Recht und Ordnung zu etablieren.

Auf der Grundlage dieser Gerichte formierte sich eine politische Allianz, die *Union of Islamic Courts* (UIC). Die UIC opponierte zunehmend gegen eine von den USA unterstützte Koalition von Warlords. 2006 übernahm die UIC die Kontrolle über Mogadiscio und weite Teile Somalias. Doch ihre Herrschaft währte nur kurz: Noch im gleichen Jahr führte eine von den USA unterstützte militärische Intervention Äthiopiens, das einer islamistischen Dominanz im Nachbarland misstraute, zum Fall der UIC-Regierung. Ersetzt wurde sie durch die bereits 2004 eingesetzte, aber machtlos gebliebene TFG. Äthiopien blieb bis zum Abschluss des Djibouti-Abkommens im Januar 2009 militärisch in Somalia präsent. Seither sind auf der Basis eines UNO-Mandats Truppen der Afrikanischen Union (AU) in Somalia stationiert. Deren Aufgabe ist es, die TFG – auch in ihrem Kampf gegen al-Shabaab – zu unterstützen. Die UIC spaltete sich nach ihrem Sturz. Während einige Fraktionen in die neue Übergangsregierung integriert wurden, formierten sich die radikaleren Kräfte (u.a. al-Shabaab) zu einer bewaffneten Oppositionsbewegung. So entstand die aktuelle Konfliktkonstellation.

In den vergangenen 21 Jahren fanden neben zahlreichen Bemühungen auf lokaler Ebene auch rund 16 international unterstützte Friedensprozesse statt. 2011 machten die internationalen Akteure, welche die TFG unterstützten, dieser klar, dass ihre Zeit abgelaufen war. Eigentlich hätte die TFG nur bis Ende 2011 im Amt sein sollen. Das Parlament segnete aufgrund der ausbleibenden Fortschritte im Transitionsprozess jedoch eine Verlängerung bis August 2012 ab. Im September 2011 legten die wichtigsten involvierten somalischen Akteure die Meilensteine bis zum Abschluss der Übergangsphase und der Etablierung einer neuen Regierung in einer Roadmap fest: die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die Ernennung einer verfassungsgebenden Versammlung, welche auch das Parlament nominieren sollte, sowie die Wahl eines Sprechers und des Präsidenten durch dieses Parlament. Eine Reihe von nationalen und internationale Konferenzen sowie star-

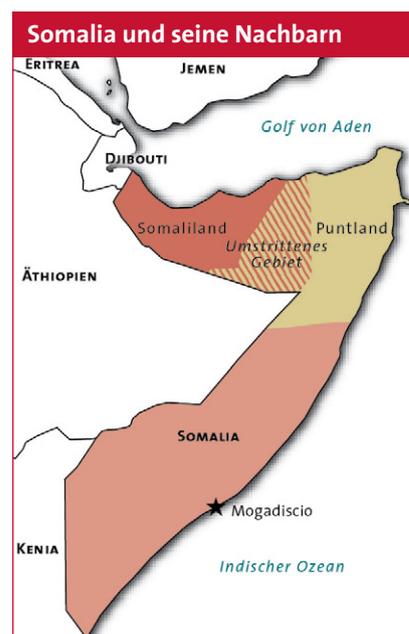
ker internationaler Druck dienten dazu, die Umsetzung zu fördern. Auch wenn sich der Übergangsprozess nun in der Schlussphase befindet, bleiben die Herausforderungen für eine Stabilisierung Somalias bestehen.

### Konfliktlinien in Somalia

Einige Ursachen der Instabilität liegen in Somalia selbst. Die somalische Bevölkerung ist ethnisch und religiös relativ homogen, wird aber von starken Clan-Gegensätzen geprägt. Es dominieren fünf Clans, die sich wiederum in Gruppen und Subgruppen gliedern, wobei die Unterscheidungskriterien und Trennlinien nicht eindeutig definiert sind. Häufig kommt es aufgrund von Konkurrenz um Macht und Ressourcen zu Clanspaltungen. Diese unbeständigen Strukturen stellen eine zentrale Herausforderung für Friedensverhandlungen dar, die häufig eine gerechte Clan-Repräsentation anstreben.

Ein Streitpunkt stellt auch die Frage nach dem künftigen Staatsaufbau dar. Teilweise wird gar die Wünschbarkeit eines Staates an sich hinterfragt. Ein Grossteil der somalischen Gesellschaft lebt traditionell nomadisch und ist gegenüber einer zentralstaatlichen Autorität – auch aufgrund der Erfahrungen während der Militärdiktatur – ausgesprochen skeptisch eingestellt. Die grossen Clans bevorzugen eine föderalistische Organisation, in der die einzelnen Regionen weitgehend autonom wären. Dies würde ihren Einfluss auf bestimmte Landesteile wahren. Kleinere Clans und Minderheitengruppen befürchten jedoch, in einem solchen Modell benachteiligt zu werden. Ein föderaler Ansatz wird auch von Kräften abgelehnt, die wie al-Shabaab die Bedeutung der Clans einschränken und die gemeinsame muslimische Identität auf der Grundlage eines islamischen Einheitsstaats in den Vordergrund stellen wollen.

Der wachsende Einfluss islamistischer Ideologien macht die Lage noch komplexer. Die Mehrheit der Bevölkerung in Somalia besteht aus Sunniten, die dem Sufismus (einer mystischen Form des Islam) anhängen. Islamistische Bewegungen sehen darin eine Verfälschung des «reinen Islam». Ihre ausgeprägte antiwestliche Haltung hat die in breiten Teilen der Bevölkerung existierende Ablehnung der externen Einflussnahme auf Somalia verstärkt. Gleichzeitig widerspricht die von den Islamisten vertretene strenge Auslegung des Islam gewissen in der somalischen Gesellschaft üblichen Gewohnheiten. Die Verbote, in von al-Shabaab kontrollierten Gebieten



Fussballspiele zu schauen und das Rauschmittel Khat zu kauen, waren besonders unpopulär. Während die Bedeutung der Religion im öffentlichen Leben grundsätzlich anerkannt wird, ist die Frage, wie ihre Rolle genau aussehen soll, höchst umstritten.

### Regionales Umfeld: Nervöse Nachbarstaaten

Die internen Probleme Somalias werden durch die Interessenkonstellationen in den Nachbarstaaten verschärft. Diese wollen verhindern, dass die Konflikte auf ihre Territorien überschwapen. So hegt Äthiopien grosses Misstrauen gegenüber einem starken somalischen Staat, besonders einem mit islamistischer Ausprägung. Dieser Argwohn führte 2006 und 2011 zu militärischen Interventionen. An dieser Grundhaltung dürfte sich auch nach dem Tod des äthiopischen Premierministers Meles Zenawi wenig ändern. In Somalia wiederum wird Äthiopien als christlicher Staat und enger Verbündeter der USA im Kampf gegen den Terrorismus wahrgenommen. Dadurch wird der islamistische Diskurs über die «ungläubigen Invasoren» weiter angeheizt. Somalias Beziehungen zu Äthiopien werden zusätzlich durch die Rolle Eritreas verkompliziert, das vor dem Hintergrund des Konflikts mit seinem südlichen Nachbarn den somalischen Widerstand gegen Äthiopien unterstützt hat. Kenia ist eine bevorzugte Destination für somalische Flüchtlinge. Das Land bemüht sich, nicht in den Konflikt hineingezogen zu werden. Die wachsende Präsenz von al-Shabaab in Kenia, Anschläge in Nairobi, Entführungen von Touristen durch somalische Gruppen sowie das Insistieren westlicher Geberstaaten führten im Herbst

2011 jedoch dazu, dass kenianische Truppen in Somalia eingriffen und den Kampf gegen al-Shabaab unterstützten.

Afrikanische Regionalorganisationen, insbesondere die Afrikanische Union und die *Intergovernmental Authority for Development* (IGAD), bemühen sich seit langem um eine Rolle als Friedensvermittler in Somalia. Die Mission der AU in Somalia (AMISOM) vermittelt zwar den Anschein einer politischen Führungsrolle afrikanischer Akteure in Somalia. Tatsächlich wird die Mission jedoch grösstenteils von westlichen Geldgebern wie den USA, Grossbritannien und der EU unterstützt und finanziert. Auch das internationale Engagement wird politisch von der UNO und nicht von der AU koordiniert. Die TFG und ihre künftige Nachfolgerin sind bei ihrem Kampf gegen al-Shabaab von der Unterstützung durch die AMISOM-Truppen sowie die Truppen Äthiopiens abhängig. Diese Abhängigkeit von fremden Streitkräften und das fehlende demokratische Mandat unterminieren die Legitimität der Regierung in Somalia und schüren Bedenken hinsichtlich einer unangemessenen externen Einflussnahme.

### **Einflussreiche internationale Agenden**

Es waren vor allem die Mitglieder der *International Contact Group on Somalia* (ICG), welche die TFG zu einem Abschluss der Übergangsphase drängten. Die ICG setzt sich aus über 40 Ländern und Organisationen zusammen, welche den somalischen Friedensprozess unterstützen. Wichtig für die Druckausübung der ICG war sicher die Besorgnis über das Führungsvakuum, die humanitäre Krise und die Hungersnot in Somalia. Doch das internationale Eingreifen wird auch von anderen Motiven gelenkt.

Sicherheitsfragen spielen eine zentrale Rolle. Für die USA ist Somalia eine Front im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Dies nicht zuletzt deshalb, weil

al-Kaida al-Shabaab im Februar 2012 als affilierte Organisation anerkannte. Es wird vermutet, dass die von al-Shabaab kontrollierten Gebiete als Ausgangsbasis für von al-Kaida inspirierte Anschläge in Ostafrika genutzt werden. Auch das Piraterie-Problem im Golf von Aden und im Indischen Ozean wird auf die fehlende staatliche Autorität in Somalia zurückgeführt. Diese Faktoren trugen zur wachsenden externen Unterstützung für Lösungen bei, die internationale Sicherheitsfragen ins Zentrum rückten. So sollen die AMISOM-Truppen für die somalische Regierung die territoriale Kontrolle zurückgewinnen und zum Aufbau von somalischen Sicherheitskräften beitragen. Die Priorität der internationalen Sicherheitsinteressen setzt die Existenz einer prowestlichen Regierung in Mogadiscio voraus, die diese Agenda mitträgt und z.B. die Aktivitäten der USA zur Bekämpfung des Terrorismus in Somalia oder die internationale Bekämpfung der Piraterie in somalischen Gewässern unterstützt.

Nicht für alle internationalen Akteure stehen dieselben Themen im Vordergrund. Die Differenzen auf internationaler Ebene verstärken die Spannungen in Somalia selbst. Für islamische Geberstaaten und -Organisationen wie die Türkei oder die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) bietet sich in Somalia die Gelegenheit, sich als humanitäre und friedensfördernde Akteure zu profilieren. Zahlreiche muslimische Länder (v.a. arabische Staaten) unterstützen zudem islamische Wohltätigkeits- und Bildungsorganisationen. Dabei geht es nicht nur um humanitäre Motive und Imageförderung, sondern auch darum, islamische Werte zu fördern und den westlichen Einfluss zu begrenzen. Diese Absichten stehen auch hinter privaten Spenden an al-Shabaab. Den muslimischen Regierungen ist es bisher aber nicht gelungen, eine glaubwürdige Alternative zu dem vom Westen geförderten politischen Prozess aufzubauen.

### **Eine schwache Lösung**

Die jüngsten politischen Bemühungen bieten keine Aussichten auf eine nachhaltige Lösung. Die vordergründigen Fortschritte wurden auf Kosten einer substantiellen Aufarbeitung der tieferliegenden Ursachen für die Instabilität in Somalia erzielt. Trotz anderslautender Rhetorik war der Übergangsprozess nie demokratisch, umfassend und partizipativ genug, um einer daraus hervorgehenden Regierung zur notwendigen Legitimität zu verhelfen. Die ungenügende Sicherheitslage verunmöglichte die Durchführung von Volkswahlen. Die Parlamentsmitglieder wurden deshalb von der verfassungsgebenden Versammlung nominiert, deren Zusammensetzung auf der Stärke der verschiedenen Clans beruhte. Nach derselben Formel war bereits die TFG eingesetzt worden. Der anhaltende Konflikt mit al-Shabaab bedeutete zudem, dass mit deren Anhängerschaft ein beträchtlicher Teil der Wählerschaft aus dem Prozess ausgeschlossen wurde. Auch gewisse Bevölkerungsteile, welche weder die TFG noch al-Shabaab unterstützten, wurden von der UNO der Sabotage des Friedensprozesses bezichtigt, weil sie sich weigerten, den Auswahlprozess für die verfassungsgebende Versammlung zu unterstützen. Auch sie wurden de facto aus dem Übergangsprozess ausgeschlossen. Ihre Repräsentanten kritisierten den Prozess deshalb als undemokratisch und von Aussen aufgezwungen. Solche marginalisierten Gruppen dürften externen Versuchen, in Somalia eine zentrale Regierungsgewalt aufzubauen, auch in Zukunft ablehnend gegenüberstehen.

Die provisorische Verfassung bestätigt zwar den Status Somalias als föderalistischen Staat. Auch internationale Akteure bekräftigten ihre Absicht, sowohl die zentrale Regierung als auch die lokalen Verwaltungen zu unterstützen. In der Realität wurde der bisherige politische Prozess aber überwiegend von oben diktiert. Die Bildung einer Zentralregierung wurde als oberste Priorität angesehen. Dies widerspiegelt zum einen die militärisch dominierte und schwergewichtig auf internationale Sicherheitsinteressen ausgerichtete westliche Strategie, die auf einen zentralen Ansprechpartner angewiesen ist. Zum anderen ist dieser Ansatz auch der Tatsache geschuldet, dass weite Teile des Landes von al-Shabaab kontrolliert werden und damit weder Teil einer föderalistischen noch einer anderen Lösung sein werden. Das Festhalten an einer zentralistischen Regierung als dem massgeblichen Machtfaktor fördert das Fortbestehen einer *«the winner takes*

### **Die Schweiz und Somalia**

Die Schweiz engagiert sich seit langem in der Förderung von Frieden und Stabilität in Somalia. Sie unterstützt Verhandlungsprozesse und stellt Expertise bei der Erarbeitung der Verfassung und den damit verbundenen Konsultationen zur Verfügung. Letzteres bildet seit 2009 einen Schwerpunkt der schweizerischen Aktivitäten. Aktuell ist die Schweiz auch Mitglied der ICG-Kerngruppe, welche das Politische Büro der UNO für Somalia (UNPOS) berät. In Somaliland finanziert der Bund zudem Aktivitäten zur Minenräumung und zur Wahlunterstützung und fördert vertrauensbildende Massnahmen sowie den Dialog mit anderen regionalen Einheiten.

Im humanitären Bereich unterstützt die Schweiz in Somalia die Opfer von Konflikt und Naturkatastrophen. Das Budget dafür beträgt jährlich durchschnittlich zwischen 7 und 10 Millionen Schweizer Franken, wobei der Betrag 2011 aufgrund der akuten humanitären Krise vorübergehend beträchtlich erhöht wurde. Die Schweiz arbeitet derzeit für die Region «Horn von Afrika» eine umfassende *whole of Government*-Strategie aus, welche insbesondere die Entwicklungsdimension verstärkt einbeziehen soll. Die Strategie soll ab 2013 umgesetzt werden.

it all-Mentalität», welche den Konkurrenzkampf unter den Clans weiter anheizt.

## Ausblick

Skeptiker argumentieren, dass eine internationale Einmischung an sich ein Hindernis für eine tragfähige Lösung in Somalia darstellt. Da jedoch Interessen internationaler Akteure direkt betroffen sind, können sie nicht einfach aussen vor gelassen werden. Aus somalischer Perspektive ist es vor allem notwendig, dass die internationalen Akteure die Balance zwischen konstruktiver Unterstützung und kontraproduktiver Einmischung finden. Dies ist ihnen bislang nicht gelungen.

Konstruktive Unterstützung bedeutet, den Druck auf die somalische Regierung aufrechtzuerhalten, dass diese entweder ihre Legitimität in der Bevölkerung kontinuierlich auf- und ausbaut oder dass sie die Voraussetzungen für die Wahl einer tatsächlich legitimen Nachfolgeregierung schafft. Dies kann z.B. durch die partizipative und dialogbasierte Erarbeitung eines Konsens über die erwünschte Staatsform (Machtverhältnisse zwischen Zentralregierung und Regionen, Rolle des Islam, Wahlprozedere) geschehen. Die starke Beeinflussung des aktuellen Prozesses durch internationale Akteure hat diese Möglichkeit für den Moment untergraben. Wie sich in Afghanistan gezeigt hat, bietet ein von externen Akteuren geführter militärischer Einsatz zur Bekämpfung einheimischer islamistischer Bewegungen keine guten Voraussetzungen für die Entstehung von tragfähigen politischen Lösungen. Auch in Somalia bleibt die Frage offen, was passiert, wenn die AMISOM-Truppen das Land verlassen. Die somalische Führung muss im Hinblick auf ein solches Szenario Möglichkeiten erarbeiten, um gegebenenfalls mit al-Shabaab in einen Dialog treten zu können. Dies ist Voraussetzung für die Erarbeitung einer Lösung, die alle wichtigen Gruppierungen umfasst.

Kontraproduktive Einmischung vermeiden heisst, dass der somalischen Bevölkerung der Handlungsspielraum zugestanden wird, um eine für sie angemessene Lösung zu finden. Anknüpfungspunkte könnten hier einige in Somalia bereits – teilweise überraschend gut – funktionierende Bereiche bieten. So funktioniert die Währung, die Mobiltelefoniebranche blüht und der Viehhandel ist stabil. Auch gibt es ein effizientes Geldtransfersystem, das Überweisungen aus der Diaspora ermöglicht. Einige lokale Verwaltungen (z.B. in Soma-

liland) können überdies gewisse Erfolge im Dienstleistungssektor und bei der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung vorweisen.

Für die Förderung des Friedens könnte dies bedeuten, dass anstelle des bisher praktizierten Top-down-Ansatzes vermehrt darauf gesetzt wird, Raum für die Nachahmung und den Ausbau solcher lokaler Erfolgsmodelle zu schaffen. Es war eine Bottom-up-Dynamik gewesen, welche zur Regierung der *Union of Islamic Courts* und damit zur relativ gesehen friedlichsten Periode in Somalia während der letzten zwei

Jahrzehnte geführt hatte. Die übermässige Priorisierung eines sicherheitsorientierten Top-down-Ansatzes hat sich jedenfalls als kontraproduktiv erwiesen.

Verantwortlicher Editor: Daniel Trachsler  
trachsler@sipo.gess.ethz.ch

Fachexperte für diese Analyse:  
Owen Frazer  
owen.frazer@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:  
www.css.ethz.ch/cssanalysen

ISSN: 2296-0236

## Bisher erschienen

- Nr. 118: Arktis: Tauwetter mit Konfliktpotential
- Nr. 117: Indien-USA: Partnerschaft mit begrenztem Entwicklungspotential
- Nr. 116: Die NATO nach Chicago: Smarte Rhetorik und viele offene Fragen
- Nr. 115: Myanmar: Politische Reformen und Machterhalt der Militärs
- Nr. 114: Frauen, Frieden und Sicherheit: UNO-Resolution 1325 im Praxistest
- Nr. 113: Der Irak nach dem US-Abzug: Erneut am Abgrund
- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Gadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladin
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung
- Nr. 84: Die African Standby Force auf dem Prüfstand
- Nr. 83: Wirtschaftssanktionen: Wunderwaffe oder Blindgänger?
- Nr. 82: Die Nachrichtendienste unter anhaltendem Reformdruck
- Nr. 81: Schweizer Europapolitik: Wohin führt der bilaterale Weg?
- Nr. 80: Privatisierung von Sicherheit: Grenzen militärischer Auslagerung
- Nr. 79: Demokratisierung nach Konflikten: Fallstricke externer Einflussnahme
- Nr. 78: Drohnen: Militärischer Nutzen und politische Debatten
- Nr. 77: Libyenaffäre: Nachbetrachtungen zum Schweizer Krisenmanagement
- Nr. 76: Energiesicherheit: Die Erdgasmärkte im Umbruch